

Außerordentliche Generalversammlung

am Freitag, den 4. März 1910.

Tagesordnung:

Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes auf Begründung einer neuen, von der Deutschen Chemischen Gesellschaft herauszugebenden Zeitschrift, welche im Gegensatz zu den »Berichten« für umfangreichere chemische Originalabhandlungen bestimmt sein, aber ähnlich wie die »Berichte« Veröffentlichung innerhalb kurzer Fristen nach Eingang des Manuskripts gewährleisten soll (vergl. Ber. 42, 4689—4690, 4923—4924 [1909]).

Im Zusammenhang damit:

Beratung über die Frage, ob durch eine mäßige Erhöhung der Mitgliedsbeiträge oder sonstige Maßnahmen eine weitere Zersplitterung der Zeitschriften-Literatur verhütet werden kann, sowie Beratung über die aus dem Mitgliederkreise eingegangenen, Ber. 43, 274—275 [1910] abgedruckten Anträge.

Vorsitzender: Hr. O. Wallach, Präsident.

Der Vorsitzende, Hr. O. Wallach (Göttingen), eröffnet die Versammlung um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr und heißt die zahlreich erschienenen Fachgenossen — die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 175 ordentlichen Mitgliedern — willkommen; besonders hebt er die rege Beteiligung auch der auswärtigen Mitglieder hervor. Er erinnert als eines der ältesten Mitglieder an die unerfreulichen Verhältnisse, die für die deutschen Chemiker bestanden, bevor sie sich zu einer Gemeinschaft zusammenschlossen, und weist auf die großen Dienste hin, welche die Deutsche Chemische Gesellschaft durch Begründung der »Berichte« und später durch Übernahme des »Chemischen Zentralblatts«, des Beilsteinschen Handbuchs, endlich neuerdings der Richterschen Formelregistrierung dem chemischen Publikum geleistet hat. Heute handle es sich nun darum, für gewisse Übelstände, die sich durch die außerordentlich rapide Entwicklung der chemisch-literarischen Produktion herausgestellt haben, Abhilfe zu schaffen. Der Vorstand habe

hierfür den Vorschlag gemacht, eine neue Zeitschrift zu gründen — ein Vorschlag, der nicht allgemeine Billigung gefunden hat. Um jedem einzelnen die Möglichkeit der Meinungsäußerung zu geben, habe der Vorstand die heutige Versammlung berufen. Der Vorsitzende gibt der sicheren Erwartung Ausdruck, daß die Beschlüsse, welche die Versammlung heute faßt, geeignet sein werden, ebenso das Gedeihen der Deutschen Chemischen Gesellschaft zu fördern, wie auch die deutsche chemische Literatur in gesunden Bahnen zu halten. Er fordert sodann den Generalsekretär auf, die Ansicht des Vorstandes über die zur Beratung stehenden Fragen der Versammlung darzulegen.

Der Generalsekretär, Hr. P. Jacobson (Berlin), verweist zunächst auf das den Mitgliedern zugestellte, in den »Berichten« 43, 614—620 sub Nr. 22 abgedruckte Rundschreiben, in welchem der Vorstand den Antrag auf Begründung einer für chemische Originalabhandlungen bestimmten neuen Zeitschrift motiviert und näher geschildert hat. In Ergänzung dieses Rundschreibens legt er die folgenden Zahlen vor, welche das Anwachsen des »Berichte«-Umfangs seit dem Jahre 1897 — also von dem Zeitpunkte ab, seit welchem die »Berichte« ausschließlich für Originalabhandlungen bestimmt sind — darstellen:

1897	218 Bogen	1904	330 Bogen
1898	231 »	1905	287 »
1899	256 »	1906	308 »
1900	270 »	1907	349 »
1901	301 »	1908	334 »
1902	325 »	1909	345—350 ¹⁾ Bogen.
1903	310 »		

Diese Zahlen lassen, abgesehen von vorübergehendem Rückgang in einzelnen Jahren, eine stetige Steigerung erkennen. Man habe der Steigerung im Jahre 1903 durch eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von 20 auf 25 Mk. Rechnung getragen, indem man hoffte, daß sich der Umfang der »Berichte« auf etwa 300 Bogen erhalten würde. Dieser »Normalumfang« sei indes nunmehr 3 Jahre hindurch (1907—1909) wieder erheblich überschritten worden. Wollte man diese Entwicklung wiederum durch eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ausgleichen, so würde vielleicht vorübergehend eine Steigerung um 5 Mk. genügen. Aber eine solche Erhöhung dürfte, auch wenn ihr nicht eine Verminderung des Mitgliederbestandes folgen sollte, nur für kurze Zeit ausreichen. Nach wenigen Jahren wären vermutlich die »Berichte« wiederum um weitere 50 Bogen über ihren gegenwärtigen Durchschnittsumfang gewachsen, und so wäre ein Ende für die fortwährende

¹⁾ Nach dem inzwischen erfolgten Abschluß des Schlußheftes für 1909 stellt sich der Umfang des Jahrganges 1909 auf 344 Bogen.

Steigerung des obligatorischen Mitgliedsbeitrags nicht abzusehen, wenn man nicht einen entscheidenden Schritt tut, um durch andere Maßnahmen für die »Berichte« die dauernde Begrenzung auf einen Normalumfang zu erreichen.

Ein solcher Schritt erscheine aber nicht nur aus finanziellen Gründen geboten, sondern auch deshalb, weil die »Berichte« durch andauerndes Anwachsen an Popularität und Bedeutung für das allgemeine chemische Publikum Einbuße erleiden würden. Der weitaus größte Teil der »Berichte«-Leser dürfte aus Fachgenossen bestehen, welche in der Praxis stehen und sich durch die Lektüre der »Berichte« auf dem laufenden erhalten wollen über die wichtigsten neuen Funde und über die Fragen, die gerade im Vordergrund der Bearbeitung stehen. Dieser größte Teil der »Berichte«-Leser würde das unaufhörliche Anschwellen der Zeitschrift nicht nur wegen der Anforderungen an seinen Geldbeutel als Belastung empfinden, sondern auch deshalb, weil dasjenige, was er sucht, zu sehr verdünnt wird durch Mitteilungen, die an sich zwar wertvoll, im wesentlichen aber nur für die Spezialforscher von Interesse sind.

Die Entscheidung darüber, an welcher Grenze man aufzuhören habe, sei natürlich bis zu einem gewissen Grade willkürlich. Aber ein Normalumfang von 300 Bogen pro Jahr, d. h. pro Wochentag 1 Druckbogen — also ein Umfang, der beinahe schon die Leistung einer kleinen Tageszeitung erreicht — dürfte für eine wissenschaftliche Zeitschrift sicherlich nicht zu niedrig, vielleicht aber schon erheblich zu hoch gegriffen sein. Daß die Zurückführung auf diesen Normalumfang durch redaktionelle Maßnahmen erreicht werden kann, erscheine nach eingehenden Erwägungen ausgeschlossen. Denn die Beschränkung auf die reine (anorganische und organische) Chemie sei schon jetzt so weit durchgeführt, daß Abhandlungen aus den Grenzgebieten (physikalische, physiologische, technische Chemie) nur noch äußerst selten zum Abdruck gelangen. Wie sehr die Autoren auf eine möglichst knappe Fassung hingewiesen werden, sei aus den immer wiederholten Ankündigungen der Redaktion in den »Berichten« bekannt. Welchen Erfolg diese Maßnahmen gehabt haben, dafür ergebe sich eine deutliche Illustration in den folgenden Zahlen, welche zeigen, wieviel Registerseiten¹⁾ in den letzten Jahrgängen auf 100 Seiten Text gebraucht worden sind:

¹⁾ Autoren-, Sach- und Formel-Register.

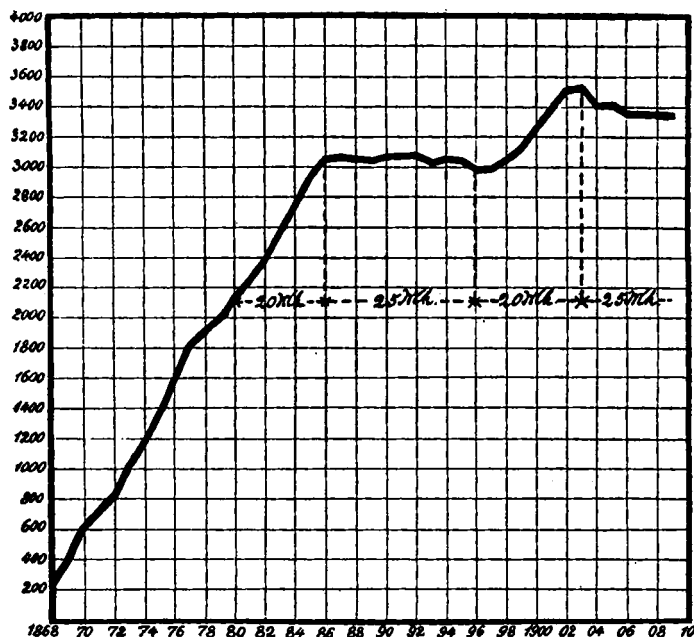
Läßt man das Autoren-Register unberücksichtigt und berechnet den »Register-Quotienten« nur aus dem Verhältnis von Sach- + Formel-Register zu redaktionellem Text, so ergeben sich die folgenden Zahlen:

5.87 (1903); 5.78 (1904); 6.29 (1905); 7.27 (1906); 7.15 (1907); 8.31 (1908).

1903	6.37 Seiten	1906	7.79 Seiten
1904	6.24 »	1907	7.61 »
1905	6.81 »	1908	8.80 » ¹⁾

Diese Zahlen geben ein direktes Maß dafür, in welchem Verhältnis die zu registrierenden tatsächlichen Angaben auf einen immer geringeren Raum konzentriert worden sind. Sie zeigen, daß auf einer »Berichte«-Seite im Jahre 1908 durchschnittlich etwa 30 % Material mehr mitgeteilt wurde, als in den Jahren 1903—1905. Wollte man einen noch stärkeren Druck auf die Autoren ausüben, als dies in den letzten Jahren schon geschehen ist, so würde geradezu die Verständlichkeit der Abhandlungen und ihre Benutzbarkeit als Grundlage weiterer Forschungen gefährdet werden.

Der Referent wendet sich nunmehr der Frage zu, wie der Mitgliederbestand der Gesellschaft beeinflußt würde, wenn man von dem Antrage des Vorstandes auf Begründung der neuen Zeitschrift absehen und — entsprechend der Anregung einer größeren Zahl von Mitgliedern — statt dessen den Mitgliedsbeitrag erhöhen wollte. Er weist



in dieser Beziehung auf die nachfolgende Kurve hin, welche die Entwicklung des Mitgliederbestandes seit Gründung der Gesellschaft

¹⁾ Nach inzwischen beendiger Drucklegung des Registers für 1909 stellt sich der Quotient für 1909 auf 8.62.

darstellt. Dieser Kurve sind die für die finanziellen Überlegungen allein maßgeblichen Zahlen zugrunde gelegt, die angeben, wieviel Mitglieder in den einzelnen Jahren ihre Beiträge wirklich eingezahlt und demnach die »Berichte« erhalten haben. Es ist deutlich zu sehen, wie einer Veränderung der Mitgliedsbeiträge zwischen 20 und 25 Mk. regelmäßig ein Knick in der Kurve entspricht. Als im Jahre 1886 der Beitrag von 20 Mk. auf 25 Mk. erhöht wurde, ergab sich sofort ein Stillstand im Wachstum der Gesellschaft, der bis zum Jahre 1896 andauerte. Das Jahr 1896 ist bekanntlich durch eine durchgreifende Reform im Publikationswesen der Deutschen Chemischen Gesellschaft charakterisiert. Der Referatenteil der »Berichte« wurde abgeschafft und statt dessen den Mitgliedern im »Chemischen Zentralblatt« ein besonderes Referatenorgan geliefert, dessen Bezug aber fakultativ blieb. Man befürchtete damals von dieser Maßnahme in weiten Kreisen eine erhebliche Verringerung der Mitgliederzahl, weil die pekuniären Lasten für diejenigen, welche sowohl die Originalabhandlungen, wie die Referate beziehen wollten, nunmehr erheblich größer wurden. Aber zu gleicher Zeit wurde der obligatorische Mitgliedsbeitrag von 25 Mk. auf 20 Mk. herabgesetzt. Die Folge erkennt man deutlich an der Kurve, die von diesem Zeitpunkt ab wieder eine stetige Steigerung — fast wie in den ersten 20 Jahren — anzeigt, bis 1903 der Mitgliederbestand seinen zweiten Höhepunkt erreicht hatte. Im Jahre 1903 aber mußte infolge des gesteigerten Umfangs der »Berichte« der obligatorische Mitgliedsbeitrag wieder von 20 Mk. auf 25 Mk. erhöht werden, und diese Maßnahme hat, wie die Kurve zeigt, wiederum das Wachstum der Gesellschaft gehemmt und einen stetigen, wenn auch glücklicherweise nur langsamen Abfall der Mitgliederzahl bewirkt. Der Sprung von 25 Mk. auf 30 Mk. oder gar auf 35 Mk. aber erscheint viel gefährlicher, als die damalige Erhöhung von 20 Mk. auf 25 Mk., und würde zweifellos die Neigung jenes absteigenden Kurvenastes sehr erheblich verstärken.

Der Vorstand ist — so hebt der Referent hervor — der Ansicht, daß der Eintritt in unsere Gesellschaft auf keine Weise erschwert, sondern nur begünstigt werden solle. Von diesem Gesichtspunkte aus ist er durchaus dagegen, eine Erhöhung des gegenwärtig geltenden obligatorischen Mitgliedsbeitrages vorzunehmen, und ist vielmehr in Erwägung darüber eingetreten, ob es nicht möglich wäre, durch Änderungen der Mitgliedschafts- und Bezugsbedingungen eine Herabsetzung des obligatorischen Mitgliedsbeitrages in Aussicht zu nehmen.

Diese Erwägungen stehen in gewissem Zusammenhange mit den Anträgen Nr. 2 und 3 (vgl. Ber. 43, 274—275 [1910]), welche auf Wunsch

einer Gruppe von Mitgliedern unter Führung des Hrn. v. Loeben ebenfalls als Beratungsgegenstände auf die heutige Tagesordnung gesetzt sind. Nach dem Antrage v. Loeben soll ein Einheitspreis für »Berichte« und »Zentralblatt« erhoben werden, und es soll den Mitgliedern überlassen bleiben, ob sie eine der beiden Zeitschriften oder beide beziehen wollen. Zur Beurteilung dieses Vorschlags macht der Referent zunächst darauf aufmerksam, daß die gegenwärtigen Mitglieder sich in runden Zahlen folgendermaßen verteilen:

ca. 1750, die nur »Berichte« abonnieren,

ca. 1550, die »Berichte« und »Zentralblatt« abonnieren.

Da nun der Einheitspreis zweifellos höher angesetzt werden müßte, als der gegenwärtige Mitgliedsbeitrag, so käme der v. Loebensche Antrag darauf hinaus, die Mehrheit der gegenwärtigen Mitglieder pekuniär stärker zu belasten, damit denjenigen, welche auf das »Zentralblatt« allein abonnieren wollen, eine Vergünstigung verschafft werde. Bei der Durchrechnung des Antrages mit dem vom Antragsteller angenommenen Einheitsbeitrage (30 Mk. Inland, 35 Mk. Ausland) ergebe sich ferner, daß zweifellos zum mindesten in den ersten Jahren sich ein sehr bedeutendes Defizit einstellen würde, falls nicht ein Zuwachs der Zentralblatt-Abonnements in ganz unwahrscheinlicher Höhe eintreten sollte.

Das Ziel aber, das Zentralblatt auch ohne gleichzeitigen Bezug der »Berichte« den Mitgliedern zu einem ermäßigten Preise zugänglich zu machen, ließe sich auch auf anderem Wege erreichen, welcher viel weniger gefährlich erscheine. Ein solcher Plan ist dem Vorstand im Laufe des letzten Quartals 1909 vorgelegt worden. Seine Grundzüge sind die folgenden:

»Die Zugehörigkeit zur Deutschen Chemischen Gesellschaft soll gegen einen sehr geringen Jahresbeitrag — etwa 10 Mk. — ermöglicht werden, wodurch die Mitgliederzahl eine sehr erhebliche Vermehrung erfahren dürfte. Die »Berichte« bleiben die Vereinszeitschrift; aber nur derjenige Teil wird gegen den Mitgliedsbeitrag geliefert, welcher in eigentlichen Vereinsmitteilungen besteht. Er sei Teil A genannt und enthielte also

- a) die Protokolle der Sitzungen, die durch kurze Berichte über den wissenschaftlichen Teil der Sitzungen etwas ausgestaltet werden könnten;
- b) die zusammenfassenden Vorträge;
- c) die Nekrologe, die nicht wie bisher in einem Heft erscheinen, sondern auf das ganze Jahr verteilt werden sollten;
- d) den Bibliothekskatalog.

Teil B der »Berichte« soll ausschließlich Original-Abhandlungen enthalten (nebst dem Register), und sein Bezug soll fakultativ bleiben. Den Mitgliedern würden für den Bezug aller von der Gesellschaft außer den Vereinsnachrichten herausgegebenen Veröffentlichungen — »Abhandlungen-Teil der »Berichte«, »Zentralblatt«, »Beilstein« — Vorzugspreise gewährt werden.«

Falls durch die Begründung der neuen Zeitschrift der »Berichte« Umfang auf ein Normalmaß von 300 Bogen beschränkt würde, könnte man den Preis für den Abhandlungen-Teil der »Berichte« auf 15 Mk., für das Zentralblatt auf 40 Mk. festsetzen. Dann würden alle Einzelpreise wie bisher bleiben, und kein Teil der gegenwärtigen Mitglieder würde in seinen Interessen geschädigt.

Dieser im Vorstande zur Beratung stehende Plan bringt — wie die Durchrechnung zeigt — ein weit geringeres Risiko mit sich, als der Vorschlag v. Loeben, und bietet für die Entwicklung der Gesellschaft eine weit günstigere Aussicht, weil er für den obligatorischen Mitgliedsbeitrag eine sehr niedrige, fast jedem Studenten erschwingliche Summe festsetzt.

Aber gegen beide Vorschläge ließe sich ein gewichtiges ideelles Bedenken erheben. Die Verbreitung der »Berichte« (bzw. ihres Abhandlungen-Teils) würde in Zukunft eine geringere werden, und voraussichtlich würde mit der Zeit unser Referierorgan gegenüber dem Originalorgan an die erste Stelle treten. Und diese Bedenken waren es, welche den Vorstand bisher davon zurückgehalten haben, Schritte zu einer Verwirklichung des ihm vorliegenden Planes zu tun.

In den Anträgen Nr. 4—6 (vgl. Ber. 43, 275 [1910]), die zu gleicher Zeit aus dem Mitgliederkreise gestellt sind, werde — so führt der Referent weiter aus — die Einrichtung von Ortsgruppen und die Wahl von Vertretern durch diese Ortsgruppen angeregt. Das Hauptziel dieser Anträge scheine eine Verschiebung in dem Verhältnis zwischen den Berliner und auswärtigen Vorstandsmitgliedern zugunsten der letzteren zu sein. Der Vorstand habe bisher keine Veranlassung gehabt, eine Statutenänderung in dieser Richtung anzuregen. Denn niemals hätten sich zwischen Berliner und auswärtigen Vorstandsmitgliedern in der Behandlung der für unsere Gesellschaft wichtigen Fragen, über welche sämtliche Vorstandsmitglieder stets vor den entscheidenden Beratungen ausführliche Berichte erhalten, Gegensätze gezeigt. Sollte aber eine ausgiebigere Vertretung der auswärtigen Mitglieder im Vorstande als wünschenswert empfunden werden, so könnte das auch auf anderem Wege, als durch Begründung von Ortsgruppen erreicht werden. Überdies müsse es als sehr zweifelhaft bezeichnet werden, ob heute noch die Errichtung von Ortsgruppen durch

unsere Gesellschaft Erfolg haben kann, da es schon eine ganze Reihe ähnlicher Organisationen gibt.

Endlich erwähnt der Referent den Antrag Nr. 7 aus dem Mitgliederkreise (vergl. Ber. 43, 275 [1910]), die Erhöhung der Einnahmen durch Annoncen betreffend. Diesem Punkte sei vielfach Aufmerksamkeit vom Vorstande und der Geschäftsstelle zugewendet worden, aber alle Bemühungen hätten sich trotz der hohen Auflage unserer Zeitschriften als fruchtlos erwiesen, da deren rein wissenschaftlicher Charakter ihrer Eignung als Annoncenblätter entgegensteht. Eine Besserung wäre hier wohl nur zu erhoffen, wenn die großen Etablissements der chemischen Industrie, welche unserer Gesellschaft nahestehen, sich entschlössen, häufig unseren beiden Zeitschriften Annoncen zuzuweisen. Durch eine solche, zunächst im Interesse unserer Gesellschaft erfolgende Begünstigung würden mit der Zeit gewiß auch weitere Inserentenkreise unseren Zeitschriften zugeführt werden.

Nach dieser Besprechung der aus dem Mitgliederkreise eingegangenen Anregungen kommt der Referent auf den Antrag des Vorstandes betreffs Begründung einer neuen Zeitschrift zurück. Dieser Antrag allein gibt das Mittel, den obligatorischen Mitgliedsbeitrag dauernd auf einem mäßigen Betrage zu erhalten und damit eine Grundbedingung für das Wohl unserer Gesellschaft sicherzustellen. Die Vereinbarungen über den Verlag der neuen Zeitschrift sind, wie der Referent betont, so getroffen, daß der Gesellschaft ein finanzielles Risiko in keiner Weise erwachsen kann, daß sich vielmehr schon aus dem Redaktionshonorar ein sicherer Gewinn ergibt, der sich bei günstigem Abonnement durch Beteiligung am Reingewinn beträchtlich erhöht. Daß der Antrag des Vorstandes aber nicht nur eine Sanierung der Finanzen, sondern auch eine Verbesserung des Publikationswesens erhoffen lasse, sei im Rundschreiben bereits genügend hervorgehoben¹⁾.

Das einzige Bedenken, das gegen den Antrag des Vorstandes spricht, betrifft — so schließt der Referent — die Zersplitterung der Zeitschriften-Literatur. In dieser Hinsicht müsse hervorgehoben werden, daß gerade unsere deutsche chemische Literatur besonders stark belastet sei, weil einerseits die heimische Originalproduktion in beständigem Wachsen begriffen ist, und andererseits auch viele ausländische Fachgenossen in unseren Zeitschriften publizieren. Wenn gerade die deutschen Journale es sind, in welchen die Vertreter aller Nationen zu Worte kommen wollen, so hätten wir wohl keinen Grund

¹⁾ Vergl. diese Berichte 43, 616—617 [1910].

uns darüber zu beklagen, sondern eher einen Grund stolz darauf zu sein. Angesichts des unbestreitbaren starken Anwachsens der deutschen chemischen Literatur müsse man sich nun die Frage vorlegen: »Ist es besser, daß die einzelnen bestehenden Journale immer weiter in ihren jährlichen Dimensionen und damit in ihren jährlichen Anforderungen an den Geldbeutel der Abonnenten anwachsen; oder ist es besser, wenn nach Erreichung eines gewissen, schon an sich beträchtlichen Jahresumfanges dem einzelnen Unternehmen eine Grenze gesetzt wird und zur Bewältigung des Materialzuwachses ein neues Zeitschriften-Unternehmen begründet wird?« Wenn man Wert darauf legt, daß jeder Chemiker wenigstens mit einem Teil der neuen Forschungen durch die Lektüre und den Besitz der Originalabhandlungen vertraut bleibt, so wird man es vermeiden müssen, daß die einzelnen Journale fortwährend in ihren pekuniären Jahresanforderungen an die Abonnenten steigen. Sonst würde schließlich jedes Journal so hohe jährliche Anforderungen stellen, daß für den größten Teil der Privatpersonen das Abonnement selbst auf ein Journal überhaupt unmöglich wird und demnach die Originalliteratur nur noch in öffentlichen Bibliotheken und Instituten, aber nicht mehr in Privatbüchereien anzutreffen sein wird. Auch aus diesen Erwägungen heraus, die sich nicht nur auf die speziellen Interessen der Deutschen Chemischen Gesellschaft, sondern auf die gesamten Interessen der deutschen Zeitschriftenliteratur richten, glaubt der Referent den Antrag des Vorstandes zur Annahme empfehlen zu sollen.

Der Vorsitzende eröffnet nunmehr die Generaldiskussion und bittet, hierbei zunächst die Frage der Begründung einer neuen Zeitschrift in den Vordergrund zu stellen, die weiteren Anregungen über Änderungen in der Organisation der Gesellschaft aber von diesem Hauptpunkt der Diskussion möglichst zu trennen. — Er teilt dann mit, daß Hr. E. Fischer (Berlin) durch einen heftigen Katarrh zu seinem Bedauern verhindert ist, der Generalversammlung beizuwohnen. Hr. E. Fischer hat ihn schriftlich gebeten, der Versammlung Kenntnis davon zu geben, daß er den Vorschlägen, die der Vorstand der Gesellschaft gemacht hat, durchaus beistimmt. — Sodann bittet der Vorsitzende, zunächst die Ansicht eines Mitgliedes zur Kenntnis bringen zu dürfen, der durch seine Stellung zur Gesellschaft wohl das Recht habe zu erwarten, daß man ihn in erster Linie hört. Se. Exzellenz Hr. A. v. Baeyer (München), der durch Gesundheitsrücksichten verhindert ist, der Versammlung beizuwohnen, hat an den Vorsitzenden ein Schreiben gerichtet, das verlesen wird.

Exz. v. Baeyer spricht sich darin gegen die Gründung einer zweiten Zeitschrift aus und meint, daß die Klagen, welche über die Langsamkeit der Publikation in den »Annalen« geführt worden sind, unter der neuen Redaktion gegenstandslos werden würden. Er glaubt, daß nur wenig Mitglieder bei Erhöhung des Beitrages um 5 Mk. austreten würden, und daß das allzu große Anschwellen der »Berichte« durch eine etwas strengere Handhabung der Zensur verhindert werden könnte. In dieser Hinsicht hält er es für zweckmäßig, daß der jeweilige Präsident die Prinzipien, nach denen die Redaktion verfahren soll, festsetzt.

Hr. W. v. Loeben begründet seinen Antrag, das Schicksal des »Chemischen Zentralblatts« von dem der »Berichte« zu trennen. Er ist der Ansicht, daß die Gesellschaft diejenigen Mitglieder, welche die »Berichte« mehr aus Liebhaberei — d. h. ohne durch ihre eigenen Forschungsarbeiten dazu gezwungen zu sein — beziehen, nicht auf die Dauer werde halten können, daß demnach die »Berichte« notwendigerweise teurer werden müßten. Aber umgekehrt werde bei dem Anwachsen der chemischen Literatur der Interessentenkreis für das »Chemische Zentralblatt« wachsen. Die Höhe des Einheitsbeitrages, welche er vorgeschlagen habe, sei nicht in dem Sinne zu verstehen, daß er diese Summe für die einzig richtige halte. Er habe nichts dagegen, wenn der Einheitsbeitrag höher festgesetzt oder wenn für »Berichte« und »Zentralblatt« verschiedene Beiträge gewählt würden.

Hr. E. v. Meyer (Dresden) weist im Anschluß an den Brief von Exz. v. Baeyer darauf hin, daß gerade viele ältere Mitglieder der Deutschen Chemischen Gesellschaft — solche, die schon an der Wiege derselben gestanden haben und ihre Mitbegründer waren —, der Gründung einer neuen Zeitschrift keine Sympathie entgegenbrächten. Er teilt die Bedenken gegen eine mäßige Erhöhung des Mitgliedsbeitrages nicht, glaubt, daß man den Umfang der »Berichte« durch Kürzung und Kompression noch zurückdrängen könne, und empfiehlt, sowohl die Frage einer neuen Zeitschrift wie auch die sonstigen Organisationsfragen einer eigens zusammengesetzten Kommission zur weiteren Beratung zu überweisen.

Hr. J. Thiele (Straßburg) glaubt, daß eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages den Eintritt jüngerer Fachgenossen in unsere Gesellschaft doch erheblich erschweren und den Austritt vieler Techniker herbeiführen würde. Aber er ist der Ansicht, daß man die Einnahmen der Gesellschaft durch Erhöhung des Zentralblatt-Abonnementspreises vermehren könnte. Denn die Abonnenten des »Zentralblatts« seien solche Mitglieder, die ein Interesse daran haben, einen Überblick über die Gesamtliteratur zu bekommen, und diese würden wegen einer Erhöhung um 5 Mk. das Abonnement nicht aufgeben.

Auch wäre zu erwägen, ob man das Zentralblatt nicht den Mitgliedern anderer chemischer Vereinigungen zu einem Vorzugspreis zur Verfügung stellen könnte, der selbstverständlich höher sein müßte, als der für die Mitglieder der Deutschen Chemischen Gesellschaft geltende Preis. Der Redner gibt sodann der Meinung Ausdruck, daß bei Begründung einer neuen Zeitschrift manche Autoren, deren Abhandlungen in diese neue Zeitschrift verwiesen werden, sich zurückgesetzt fühlen würden. Dieses Gefühl möge durchaus ungerechtfertigt sein, aber es werde sich schwer unterdrücken lassen.

Hr. W. Hempel (Dresden) ist der Ansicht, daß man die Kurve über den Mitgliederbestand auch anders deuten könne, wenn man das starke Anwachsen des »Vereins Deutscher Chemiker« in den letzten Jahren berücksichtigt. Er meint, daß für den Eintritt in die Deutsche Chemische Gesellschaft nicht genügend geworben würde. Ferner sollten seiner Meinung nach in den »Berichten« Mitteilungen von deutschen Chemikern, die nicht Mitglieder der Gesellschaft sind, nur gegen Bezahlung abgedruckt werden.

Hr. P. Jacobson (Berlin) erwidert darauf, daß nach der Geschäftsordnung die »Berichte« Originalabhandlungen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern enthalten. Man könne das ja ändern und auf die Abhandlungen von Nichtmitgliedern einen Zoll erheben. Doch verspricht er sich von dieser Maßnahme keine irgend erhebliche Wirkung. Der von Hrn. J. Thiele ausgesprochenen Annahme, daß das »Chemische Zentralblatt« bei einer Erhöhung des Abonnementspreises an Abonnenten nicht verlieren würde, stände die Erfahrung bei der letztmaligen Erhöhung des Abonnementspreises von 32 M. auf 40 M. entgegen, die einen Rückgang von ca. 1620 auf 1550 Abonnenten zur Folge gehabt habe.

Hr. E. Erdmann (Halle) erklärt sich gegen die Gründung einer neuen chemischen Zeitschrift, stimmt aber den Bedenken gegen eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zu und möchte den von Hrn. W. Hempel gemachten Vorschlag dahin verallgemeinern, daß jeder Autor, dessen Publikationen über eine gewisse Seitenzahl hinausgehen, für den Überschuß bezahlen soll.

Hr. G. Krämer (Berlin) bedauert es, daß seinerzeit die Bemühungen des Vorstandes, eine Einigung mit den »Annalen« zu erreichen, erfolglos geblieben sind. Aber er meint, daß die Mittel, um zu einer Umbildung der »Berichte« zu kommen, doch noch nicht ganz erschöpft seien, daß eine Kürzung der Abhandlungen noch möglich sei, und daß die Redaktion noch strenger vorgehen könne. Die Vermehrung der Zeitschriften erscheint ihm als ein Übel. Er würde es für wünschenswert halten, daß die Dozenten, ebenso wie sie sich über

das Verbandsexamen und andere Dinge geeinigt haben, sich zur Regulierung des Zeitschriftenwesens zusammentäten. Er legt sodann den folgenden Antrag vor:

»Die Generalversammlung wolle beschließen, die Frage der Herausgabe einer neuen Zeitschrift zu vertagen, und eine Kommission von mindestens 11 Mitgliedern wählen, die zur Hälfte dem gegenwärtigen Vorstand, zur anderen Hälfte den nicht in Berlin wohnenden und dem Vorstand nicht angehörenden Mitgliedern zu entnehmen sind, mit dem Auftrag, den Plan der Gründung einer neuen Zeitschrift nochmals zu prüfen, zugleich aber auch über eine den veränderten Verhältnissen angepaßte Organisation der Gesellschaft Vorschläge auszuarbeiten, die einer späteren Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen.«

Hr. H. Wichelhaus (Berlin) knüpft an die von Hrn. E. v. Meyer gemachte Bemerkung an, daß diejenigen, welche an der Wiege der Gesellschaft gestanden hätten, dem neuen Journal bedenklich gegenüberständen. Auch er selbst habe an der Wiege der Gesellschaft gestanden, aber er halte den Schritt, der vom Vorstand vorgeschlagen ist, für ganz natürlich und der Sache vollkommen entsprechend, wobei er sich weniger von finanziellen Erwägungen, als vielmehr von idealen Gründen leiten lasse. Besorgnisse seien bei jedem Schritt der Gesellschaft ausgesprochen worden; hätte man sich dadurch abschrecken lassen, die natürlichen Fortschritte zu machen, so wäre die Deutsche Chemische Gesellschaft nicht zu der Stellung gekommen, welche sie heute einnimmt. Einen künstlichen Damm gegen die Aufnahme guter Publikationen zu errichten, das wäre seiner Ansicht nach ein selbstmörderisches Vorgehen. Die natürliche Entwicklung führe dahin, daß wir eine neue Zeitschrift begründen, da wir mit der gegenwärtigen Zeitschrift nicht auskommen und alle anderen Mittel erschöpft seien. Der Redner schließt, indem er darauf hinweist, daß der Vorstand in jahrelangen Erwägungen zu seinem Antrag gekommen sei. Durch die Verweisung an eine neue Kommission könne der Strom nicht aufgehalten werden.

Hr. L. Jablonski (Berlin) ist der Ansicht, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer sei, für die Deutsche Chemische Gesellschaft neue Mitglieder zu werben, so lange die »Berichte« das Hauptorgan sind. Wenn man eine große Mitgliederzahl erreichen wolle, so müßte man das »Chemische Zentralblatt« als Hauptorgan herausgeben. Als eines der jüngeren Mitglieder bittet er, diese Idee vor allem im Vorstand zu prüfen.

Hr. P. Julius (Ludwigshafen) teilt mit, daß er die zur Verhandlung stehende Angelegenheit mit einer größeren Zahl von Technikern besprochen habe, die sich gegen die Gründung einer neuen Zeitschrift erklärt hätten. Er glaubt nicht, daß es angezeigt sei, die heute vielfach empfohlene Einschränkung der einzelnen Publikationen durchzuführen. Aber er meint, daß jeder Autor, der über 8 Seiten publiziert, den Überschuß pro Druckseite inkl. der Separata mit 7—8 M. bezahlen solle, wodurch das zurzeit bestehende Defizit sofort beseitigt wäre; denn das Hauptinteresse an den Publikationen hätten doch heutzutage in erster Linie die Autoren. Wenn ein Professor mit seinen Schülern publiziert, so würden wohl diese übrigens recht unbedeutenden Kosten von dem Chemischen Institut übernommen werden. Einer künstlichen Teilung der Arbeiten hätte dann die Redaktion entgegenzuwirken.

Hr. J. Thiele (Straßburg) kommt im Anschluß an die Ausführungen von Hrn. G. Krämer auf die Verhandlungen zurück, die im Jahre 1905 und 1906 betreffs der Übernahme der »Annalen« durch die Deutsche Chemische Gesellschaft gepflogen worden sind und dazu führten, daß die »Annalen« es ablehnten, in den Besitz der Gesellschaft überzugehen. Ein engerer Zusammenhang zwischen »Berichten« und »Annalen« könne selbstverständlich nicht in der Weise hergestellt werden, daß dasjenige, was für die »Berichte« zu lang oder ungeeignet ist, in die »Annalen« überwiesen werde. Zu jeder anderen Übereinkunft aber würden gewiß die Herausgeber der »Annalen« jederzeit bereit sein.

Hr. P. Jacobson (Berlin) erwidert auf die mehrfach ausgesprochenen Wünsche, daß die Redaktion der »Berichte« strenger gehandhabt würde. In dem Bericht, welchen er seinerzeit über die Angelegenheit dem Vorstand erstattete, habe er sich dahin ausgesprochen, daß er es für eine Versündigung an der chemischen Literatur halten würde, einen noch stärkeren Druck auf die Autoren auszuüben. Auf diesem Standpunkt müsse er verharren; er würde sein Amt als Redakteur nur so lange führen, als er es mit seinem literarischen Gewissen vereinen könne. Er stellt als die zu entscheidende Hauptfrage hin: »Wollen wir unsere »Berichte« ins Unbegrenzte wachsen lassen und demnach mit den Beiträgen fort und fort in die Höhe gehen, oder wollen wir unseren Beiträgen eine Grenze setzen und dementsprechend auch dem Umfang der »Berichte«?« Mit dem als Normalmaß betrachteten Umfang von 300 Bogen stellt er den Umfang der von den drei großen ausländischen Schwestergesellschaften herausgegebenen wissenschaftlichen Originalpublikationen für das Jahr 1909 zusammen:

Bulletin de la Société chimique (Abhandlungen einschließlich der Referate aus französischen Quellen)	73 Bogen
Journal of the Chemical Society (Transactions)	139 »
Journ. of the American Chemical Society	88 »

zusammen 300 Bogen

Angeichts dieser Zahlen müsse ein Normalumfang von 300 Bogen für die »Berichte« eher schon zu hoch als zu niedrig erscheinen. Alle die kleinen Mittel, die heute vorgeschlagen worden seien, diese Grenze durch redaktionelle Maßregeln einzuhalten, erschienen ihm nach 14-jähriger redaktioneller Erfahrung aussichtslos. Nur wenn man der Redaktion in der neuen Zeitschrift ein Regulierventil in die Hand gäbe, könne die Begrenzung der Vereinszeitschrift auf einen bestimmten Umfang erreicht werden. Setze man nicht zur rechten Zeit eine Grenze, so würden sich die »Berichte« unweigerlich zu monströsen Dimensionen auswachsen.

Hr. A. Stock (Breslau) stellt einen Vorschlag zur Erwägung, der ebenfalls darauf hinzielt, die »Berichte« zu limitieren, etwa in ähnlicher Weise, wie es bei den »Comptes rendus« der französischen Akademie geschieht, wo nicht nur der Maximalumfang der einzelnen Abhandlungen, sondern auch die jedem Autor für das ganze Jahr zur Verfügung stehende Maximal-Seitenzahl festgesetzt ist. Die Publikationen in den »Berichten« sollten dann nur das Hauptresultat der Arbeiten wiedergeben, während alle experimentellen Einzelheiten anderen, spezialisierten Zeitschriften zuzuwenden wären. Dadurch würde der »Berichte«-Inhalt vielseitiger werden und die Beliebtheit der »Berichte« sich außerordentlich steigern.

Hr. W. Manchot (Würzburg) meint, daß es für den Fall der Begründung der neuen Zeitschrift wohl auch gewisse Gesichtspunkte geben könne, die es möglich erscheinen lassen, deren Redaktion von der Redaktion der »Berichte« zu trennen. Er fragt ferner, ob die Autoren, denen mitgeteilt würde, daß sich ihre Arbeiten für die »Berichte« nicht eignen, das Recht haben sollen, ihre Manuskripte zurückzuverlangen oder verpflichtet sein sollen, ihre Manuskripte dann für die neue Zeitschrift zu liefern.

Hr. P. Jacobson (Berlin) erwidert, daß den Autoren selbstverständlich das Verfügungsrecht über ihre Manuskripte zusteht.

Hr. R. Meyer (Braunschweig) ist der Ansicht, daß das Publikationswesen in der Debatte höchst ungerecht beurteilt worden sei. Wenn man sage — wie das geschehen sei —, das Hauptinteresse an der Publikation habe der Autor, dann sei der Zeitpunkt gekommen, um die »Berichte« überhaupt abzuschaffen. Es würde wohl viele Autoren

nicht gerade unglücklich machen, wenn sie ihre Abhandlungen bezahlen sollten, aber er könne in einer solchen Maßregel nur ein Palliativmittel erblicken, mit dem gar nichts erreicht würde. Wenn die Publikationen nicht mehr wert seien, daß sie mit Freuden gelesen werden, und wenn sie schließlich in einem vornehmen wissenschaftlichen Journal erst einen Zoll bezahlen müßten, dann verdienten sie überhaupt nicht mehr gedruckt zu werden.

Hr. C. A. v. Martius (Berlin) verliest einen Brief, den er von dem Ehrenmitgliede der Gesellschaft, Sir William Ramsay (London), erhalten hat, und der sich ebenfalls mit den zur Beratung stehenden Fragen beschäftigt. Sir W. Ramsay meint, daß man den Strom der Publikationen etwas vermindern könne, wenn das Zentralblatt den Autoren, welche über eine im Gange befindliche oder eben fertig gewordene Untersuchung zu berichten wünschen, für ganz kurze Originalmitteilungen zur Verfügung gestellt würde. Hr. v. Martius betrachtet die Frage der Begründung einer neuen Zeitschrift im wesentlichen als eine finanzielle Frage. Sie erfordere demnach ein genaues Studium und eine reifliche und gründliche Prüfung der inneren Finanzverhältnisse. Er habe schon in der letzten ordentlichen Generalversammlung hervorgehoben, daß diese Finanzverhältnisse für die Mitglieder nicht klar seien, und halte es daher für dringend nötig, daß die Frage heute nicht zum Abschluß gebracht, sondern erst durch eine Kommission, der namentlich auch auswärtige Mitglieder angehören sollten, gelöst werde.

Hr. A. Windaus (Freiburg) fragt, zu welchem Preise die neue Zeitschrift an Nichtmitglieder geliefert werden solle, ferner, ob es denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft, die nicht die ganzen Bände kaufen wollen, möglich gemacht werden könne, einzelne größere Abhandlungen zu kaufen.

Hr. P. Jacobson (Berlin) antwortet, daß Nichtmitglieder für das Abonnement das Doppelte des für die Mitglieder geltenden Preises zu zahlen hätten, pro Bogen also 40 Pf. Die Einrichtung, daß einzelne Abhandlungen für sich käuflich sein sollten, könnte jedenfalls in Erwägung gezogen werden, wenn es auch fraglich sei, ob ein erhebliches Bedürfnis dafür vorhanden sein würde.

Hr. H. Decker (Hannover) teilt mit, daß die in Hannover ansässigen Mitglieder der Gesellschaft bei einer Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen zum Beschluß gekommen seien, von einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrages müsse abgesehen werden und durch kritische Auswahl die »Berichte« auf normalem Umfang erhalten werden. Der Redner kritisiert sodann die Aufstellung des jährlichen Kassenabschlusses, aus dem nicht ersichtlich sei, wie sich die verschiedenen Ausgaben-Posten auf die einzelnen Unternehmungen verteilen. Zur

Entlastung der »Berichte« schlägt er vor, daß es jedem selbständigen Mitarbeiter freistehen sollte, pro Jahrgang etwa 16 Seiten unentgeltlich zu publizieren; was darüber hinausgeht, müsse an die Publikationskommission gehen und event. bezahlt werden. Unter denjenigen Mitarbeitern, von denen gegenwärtig jeder über 100 Seiten liefert, könne man etwa 12—15 Leute anführen, die sich in vorzugsweise gesicherten Stellen befinden und diese Maßregel ohne Schaden vertragen könnten; jedenfalls sollten die freien Separatabdrücke bei einer Leistung über einen Bogen jährlich entzogen werden.

Hr. B. Jaffé (Berlin) sagt, daß ihm die Ziffern über das Anwachsen des »Berichte«-Umfangs nicht einen so großen Schrecken einjagen, und daß er die Befürchtungen des Generalsekretärs über das stetige weitere Anwachsen noch nicht teilen könne. Er meint, daß man den Mitgliederbestand heben könne, wenn man die Einziehung der Beiträge energischer betreiben würde. Viele wären wohl nur deshalb nicht mehr Mitglieder, weil sie vergessen hätten, den Jahresbeitrag zu bezahlen. Man sollte an die in den letzten 4—5 Jahren ausgetretenen Mitglieder ein Rundschreiben richten, ob sie sich der Gesellschaft nicht wieder anschließen wollten. Zur Hebung des Inseratenwesens stellt er anheim, eine Liste über freigewordene Assistentenstellen und technische Stellen und andererseits über die Bewerber für solche Stellen einzuführen. Er meint, daß man vorläufig durch derartige kleine Mittel die finanzielle Lage der Gesellschaft zu bessern suchen, die größeren Projekte aber noch für 1 Jahr zurückstellen solle.

Aus der Versammlung geht nunmehr ein Antrag auf Schluß der Rednerliste ein, der angenommen wird.

Hr. Otto N. Witt (Berlin) gibt der Ansicht Ausdruck, daß, entsprechend dem reiflich durchberatenen Vorschlag des Vorstandes, so rasch wie möglich einem Mißverhältnis, das sich auszubilden droht, vorgebeugt werden müsse. Bezüglich der von mehreren Vorrednern gemachten Vorschläge, den Autor für die Veröffentlichungen in den »Berichten« zahlen zu lassen, sei doch darauf hinzuweisen, daß schon ein gewisser Teil des Mitgliedsbeitrages als Zahlung für die Herstellung der »Berichte« aufzufassen sei. Die Überproduktion an Material wolle der Antrag des Vorstandes dadurch ausgleichen, daß man den Überschuß über das finanziell zulässige Maß zu einem gewissen Preise denjenigen Mitgliedern anbietet, die sich dafür interessieren. Alle anderen Vorschläge, die gemacht sind, würden nach der Meinung des Redners zu einem Abspringen von Mitgliedern führen. Zu dem Vorschlage einer nochmaligen Kommissionsberatung bemerkt der Redner, daß bereits eine vom Vorstande eingesetzte Kommission mehr als ein halbes Jahr sich mit dem Gegenstande intensiv beschäftigt habe, und

daß es doch eigentlich eine ungerechte Schlußfolgerung sei, wenn man diese Kommission deshalb nicht für sachverständig betrachte, weil sie demselben Vorstand angehöre, den die Gesellschaft zur Führung ihrer Geschäfte erwählt hat. Die Überweisung an eine weitere Kommission bedeute jedenfalls eine Verschleppung und das Fortbestehen der Schäden für ein Jahr.

Hr. A. Hesse (Berlin) kommt auf die Vorschläge zurück, welche von Sir William Ramsay in seinem Briefe an Hrn. v. Martius und ferner im Laufe der Debatte von Hrn. A. Stock gemacht worden sind, und warnt dringend, durch solche Einrichtungen den aphoristischen Mitteilungen Vorschub zu leisten. Er ist der Ansicht, daß die Bestrebungen, welche sich auf einen leichteren Bezug des »Chem. Zentralblatts« richten, die Zukunft für sich haben, und daß alle diejenigen Mittel zu begrüßen seien, die eine Verbilligung und nicht eine Verteuerung des Zentralblatts herbeiführen könnten. In dieser Richtung sei vor allem der dem Vorstände vorliegende Plan aussichtsvoll, der in der einführenden Rede des Generalsekretärs auseinandergesetzt ist (S. 966—967). Aber die Voraussetzung dafür sei zunächst die Begründung der neuen Zeitschrift; erst hierdurch würde die Möglichkeit geschaffen, daß man mit der Verbilligung des Zentralblatts einen Sprung ins Dunkle wagen könne. Wer demnach sich dafür interessiert, das Zentralblatt leichter zugänglich zu machen, sollte zunächst für den Antrag des Vorstandes stimmen.

Hr. P. Jacobson äußert sich zu der Frage, ob der Antrag des Vorstandes auf Begründung der neuen Zeitschrift heute von der Generalversammlung direkt erledigt oder einer neuen Kommission überwiesen werden soll. Er weist darauf hin, daß der Plan im ganzen schon mehr als 5 Jahre zur Beratung steht, und daß man die Verwirklichung mehrfach zurückgestellt habe, um nicht eher ein neues Zeitschriften-Unternehmen zu begründen, als eine dringende Veranlassung vorliegt. Die Publikationskommission habe seit Jahren mehrfach über das Projekt beraten, und endlich sei Ende des Jahres 1909 noch eine besondere Kommission vom Vorstände dafür eingesetzt worden. Niemand könne daher sagen, daß die Angelegenheit übers Knie gebrochen sei und einer nochmaligen Durchberatung bedürfe.

Hr. K. Beck (Berlin) spricht sich dahin aus, daß der Vorstand doch nicht ohne weiteres eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages oder eine Erhöhung des Abonnementspreises für das »Chem. Zentralblatt«, gegebenen Falles unter Freistellung des Bezuges der »Berichte« oder des »Zentralblattes«, von der Hand weisen möge. Die vom Generalsekretär vorgelegte Kurve beziehe sich nur auf die Mitgliederzahl, aber nicht auf die Gesamtsumme der Mitgliederbeiträge und Einnahmen der Gesellschaft. Man erkenne indes aus der Kurve, daß

jedesmal bei einer Beitragserhöhung der Zweck, die Einnahmen der Gesellschaft zu stärken, erreicht sei, sodaß im großen und ganzen die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft in einem günstigen Lichte erscheine.

Die Rednerliste ist hiermit erschöpft.

Der Vorsitzende, Hr. O. Wallach (Göttingen), faßt die Debatte dahin zusammen, daß zwei Anträge vorliegen: Der Antrag des Vorstandes gehe dahin, direkt über die Begründung der neuen Zeitschrift zu beschließen, die dann unmittelbar nach dem Beschlusse in die Wege geleitet werden könnte. Der zweite Antrag gehe dahin, daß man nicht unmittelbar zur Begründung einer Zeitschrift schreiten, sondern die Angelegenheit noch einmal einer Kommission überweisen solle.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich die HHrn. M. Delbrück, P. Jacobson, L. Spiegel und O. Wallach beteiligen, wird zunächst über den Antrag des Vorstandes, daß unmittelbar die Neubegründung der neuen Zeitschrift erfolgen solle, abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung dieses Antrages.

Sodann wird fast einstimmig der Antrag angenommen, daß der Plan der Gründung einer neuen Zeitschrift einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen werden soll.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die zu wählende Kommission am Ende ihrer Beratungen selbst über die Begründung der neuen Zeitschrift entscheiden oder ihre Vorschläge einer neuen Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreiten solle, bestimmt die Versammlung, daß die endgültige Beschlußfassung einer neuen Generalversammlung vorbehalten bleiben solle.

Der Vorsitzende fragt dann, ob die Versammlung bezüglich der Zusammensetzung der zu wählenden Kommission mit dem Vorschlage des Vorstandes einverstanden sei, daß die Kommission aus 5 Vorstandsmitgliedern, 5 von der Generalversammlung zu wählenden, dem Vorstande nicht angehörenden Mitgliedern und aus dem Präsidenten bzw. Vizepräsidenten besteht. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlage zu und wählt ihrerseits in die Kommission¹⁾ durch Akklamation die folgenden Herren:

C. Duisberg (Elberfeld), W. Hempel (Dresden), E. v. Meyer (Dresden), R. Meyer (Braunschweig), J. Thiele (Straßburg).

¹⁾ Über die vom Vorstand in die Kommission delegierten Mitglieder vgl. diese Berichte 43, 762 sub Nr. 35 [1910].

Exzellenz A. v. Baeyer (München) soll gebeten werden, der Kommission als Ehrenmitglied beizutreten.

Der Vorsitzende eröffnet nun die Diskussion über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, die verschiedenen Anregungen auf Änderung der Organisation betreffend. Zunächst legt er im Hinblick auf die Anträge über die Errichtung von Ortsgruppen eine von 138 in Österreich und der Schweiz ansässigen Mitgliedern unterzeichnete, an den Vorstand gerichtete Eingabe vor, welche bereits in der Sitzung vom 28. Februar d. J. mitgeteilt und Ber. 43, 611—612 [1910] abgedruckt ist.

Hr. M. Delbrück (Berlin) beantragt, den Rest der heutigen Tagesordnung der bereits gewählten Kommission zur weiteren Beratung zu überweisen.

Hr. C. Liebermann (Berlin) hält den Antrag bezüglich der Ortsgruppen für so gefährlich, daß man ihn heute noch vernichten müsse.

Der Vorsitzende fragt die Versammlung, ob sie damit einverstanden wäre, daß zunächst der Antrag auf Bildung von Ortsgruppen gesondert zur Abstimmung gebracht wird.

Hr. W. v. Loeben (Berlin) zieht darauf seinen Antrag bezüglich Bildung von Ortsgruppen zurück.

Nach weiteren Bemerkungen der HHrn. P. Jacobson, C. Liebermann und C. A. v. Martius stellt der Vorsitzende den folgenden Antrag zur Abstimmung:

»Es soll derselben Kommission, welche den Vorstands-Antrag über die neue Zeitschrift noch einmal zu beraten hat, auch die Aufgabe überwiesen werden, über Änderungen in der Organisation der Gesellschaft Beratungen zu pflegen und über diese Beratungen einer späteren Generalversammlung Bericht zu erstatten, bezw. Vorschläge zu machen«.

Der Antrag wird angenommen.

Eine Diskussion über die Frage, ob die Kommission bei ihren Beratungen den Antrag auf Bildung von Ortsgruppen als endgültig abgelehnt nicht mehr verfolgen soll, führt zu dem Ergebnis, daß man der Kommission freie Hand lassen solle.

Hr. C. Liebermann übergibt als Material für die Beratungen der Kommission den Antrag, daß die Chemische Gesellschaft folgenden Zusatz in den § 11 ihrer Statuten, unter entsprechender Abänderung dieses Paragraphen, aufnehmen möge:

»Alle Mitglieder der Chemischen Gesellschaft, welche seit deren Bestehen den Posten eines einheimischen oder auswärtigen Präsidenten oder Vizepräsidenten bekleidet haben oder in Zukunft bekleiden werden, bilden den Beirat der Chemischen Gesellschaft.

Jedes Mitglied des Beirats hat das Recht, unangemeldet an den Sitzungen des Vorstandes der Chemischen Gesellschaft teilzunehmen. Bei seiner Anwesenheit in der Sitzung kann das Beiratsmitglied sich sowohl an den Beratungen wie an den Abstimmungen beteiligen. Eine Vertretung abwesender Mitglieder des Beirats findet nicht statt. Abwesende Mitglieder besitzen kein Stimmrecht.

Die Einladung und Tagesordnung zu den Sitzungen des Vorstandes sind an die Mitglieder des Beirats mindestens 3 Tage vor der Sitzung durch die Post abzusenden.«

Auf Anregung von Hrn. W. Marckwald (Berlin) fragt der Vorsitzende die Versammlung, ob die Kommission das Ergebnis ihrer Beratungen der nächsten ordentlichen Generalversammlung oder einer für diesen Zweck einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung vorlegen soll. Die Versammlung entscheidet sich dafür, daß die Kommission einer außerordentlichen Generalversammlung Bericht erstatten solle.

Hr. R. Abegg (Breslau) stellt den Antrag, daß diese außerordentliche Generalversammlung bereits vor der ordentlichen Generalversammlung einberufen werden möge. — Der Vorsitzende bittet, die Kommission in dieser Beziehung nicht zu binden. Er erachtet es als selbstverständlich, daß die Kommission alles tun werde, um möglichst bald vor die Gesellschaft mit ihren Beratungs-Resultaten zu treten. — Hr. R. Abegg zieht darauf seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende schließt die Versammlung um 11 Uhr 45 Minuten.

Der Vorsitzende:
O. Wallach.

Der Schriftführer:
A. Bannow.
